



Stark für soziale Demokratie – Investitionen in gute Arbeit und eine gute Zukunft

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 28.04.2025

Die SPD beendet den langjährigen Investitionsstau in unserem Land und sorgt dafür, dass die Vielzahl der großen Herausforderungen unserer Zeit nicht in einer Politik des „entweder-oder“ münden. Das ist eine gute Nachricht zum diesjährigen 1. Mai. Wir stellen 500 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen in unsere Infrastruktur bereit. Damit sorgen wir dafür, dass mehr in Bildung und verlässliche Kitas, in gute und sichere Verkehrswege, in den Ausbau der digitalen Netze und den klimafreundlichen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft investiert werden kann. Die Schuldenregel ist nicht länger eine Investitionsbremse. Durch einen guten ersten Reformschritt schaffen wir mehr Gestaltungsspielraum für Länder und Kommunen.

Zusätzliche Investitionen in unsere Sicherheit werden nicht aus dem regulären Bundeshaushalt finanziert. Damit hat die SPD ihr Wahlversprechen gehalten. Zusätzliche Verteidigungsausgaben gehen nicht zu Lasten der sozialen Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Worauf es jetzt ankommt und was wir für Dich tun werden:

Industriestandort Deutschland stärken

Der von US-Präsident Trump angezettelte Handelskrieg über neue Zölle auf Waren aus aller Welt bedroht die internationale Handelsordnung. Egal wie der Zickzackkurs ausgeht, er schadet unserer Wirtschaft. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir gezielt investieren, unsere Infrastruktur auf die Höhe der Zeit bringen.

Wir stärken den Industriestandort Deutschland, indem wir wettbewerbsfähige Energiepreise durch eine Senkung der Stromsteuer und die Deckelung der Netzentgelte schaffen. Das entlastet auch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir stärken unsere Automobilindustrie durch die gezielte Förderung der Elektromobilität.

Tarifbindung und Mindestlohn erhöhen

Gute Tarifverträge unserer Gewerkschaften sorgen für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen – und sie sind ein Schlüssel für mehr Lohngerechtigkeit, auch zwischen Ost- und Westdeutschland. Denn noch immer verdienen Beschäftigte im Osten im Schnitt weniger als im Westen. Wir wollen die Tarifwende! Das Bundestariftreuegesetz wird jetzt kommen. Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen. Unternehmen, die öffentliche Aufträge haben wollen, müssen ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen.

Und für uns ist klar: Auch der gesetzliche Mindestlohn muss deutlich steigen. Mit dem neuen Kriterium einer Anbindung des Mindestlohns an 60% des Medianlohns erwarten wir eine Erhöhung auf 15 Euro. Davon profitieren insbesondere Frauen, die überdurchschnittlich oft in niedrig entlohnenden Branchen arbeiten und besonders häufig vom Mindestlohn abhängig sind.

Beschäftigte entlasten

Die Beschäftigten und ihre Familien sind die Leistungsträger*innen in unserer Gesellschaft. Mit einer Einkommensteuerreform werden wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten. Bezahlbarer Wohnraum ist eine zentrale soziale Frage unserer Zeit. Wir werden deshalb die Mietpreisbremse verlängern und stärker in sozialen Wohnungsbau investieren. Mit massiven Investitionen in Azubi- und Studiwohnheime wollen wir schnell junge Menschen bei ihren Wohnkosten entlasten.

Familien wurden in den Krisen und der folgenden Inflation besonders stark belastet. Wir wollen, dass Sozialleistungen einfacher und transparenter zugänglich sind und erhöhen für von Armut betroffene Familien den Teilhabebetrag. Weitere Erleichterungen wie die Fortsetzung des Deutschlandtickets entlasten zusätzlich.

Sichere Altersversorgung

Die gute Absicherung im Alter ist ein Kernversprechen unseres Sozialstaats. Wer jahrzehntelang Beiträge gezahlt hat, muss auf dieses Versprechen vertrauen können. Für uns ist klar: Der Wert der Arbeit spiegelt sich auch in guten Renten im Alter. Dies gilt auch für die heute jungen Menschen, die jetzt ins Erwerbsleben kommen und viele Jahre Beiträge zahlen werden. Deshalb werden wir das gesetzliche Rentenniveau auch in Zukunft auf mindestens 48% stabilisieren und eine Kürzung der Renten im Vergleich zu den Einkommen aus Beschäftigung ausschließen.

Stark gegen rechts!

Der 1. Mai ist ein Kampftag für gute Arbeit und Solidarität. Der 1. Mai ist damit auch immer ein Tag, an dem wir gemeinsam Zeichen setzen gegen Faschismus und Menschenverachtung. Die AfD und ihr Umfeld wollen Menschen, die Kolleginnen und Kollegen sind, gegeneinander ausspielen. Sie sind der Feind der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. Sie bekämpfen alles, wofür wir gemeinsam stehen: gute Löhne, gute Arbeitsbedingungen, solidarisches Miteinander. Dem setzen wir die Kraft der Solidarität und konkrete Politik für gute Arbeit und einen starken Sozialstaat entgegen.

Der SPD-Parteivorstand ruft die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei dazu auf, am 1. Mai 2025 gemeinsam mit unseren Gewerkschaften des DGB für gute und sichere Arbeit, soziale Sicherheit und ein selbstbestimmtes Leben in demokratischer Vielfalt zu demonstrieren.

